

Landkreis Ebersberg



15. Wahlperiode 2020-2026/01_KT/17. Kreistag

Protokoll

**17. Sitzung des Kreistages mit öffentlichem und nichtöffentlichem Teil
am Montag, 24.10.2022 im Saal des ehemaligen Kreissparkassengebäudes,
Sparkassenplatz 1**

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 19:02 Uhr

Vorsitzender: Robert Niedergesäß
Schriftführer: Anja Lackner

Anwesend sind:

Bauer, Christian		Leng, Lakhena	
Brilmayer, Walter		Mayer, Benedikt	
Dahms, Valentina		Obermayr, Angelika	
Föstl, Magdalena		Oellerer, Reinhard	
Frick, Roland	abwesend ab 19:00 Uhr	Ruoff, Veronika	abwesend ab 18:05 Uhr
Gressierer, Alexander		Sarnowski, Thomas von	anwesend ab 14:05 Uhr
Hilger, Franziska		Schüller, Antonia	
Huber, Thomas		Schweinsteiger, Ronja	
Lechner, Martin		Lechner, Thomas	
Lenz, Andreas, Dr.		Maurer, Ludwig	abwesend ab 17:50 Uhr
Linhart, Susanne		Ossenstetter, Simon	
Markmiller, Susanne, Dr.		Reitsberger, Georg	
Matjanovski, Marina	anwesend ab 14:15 Uhr	Ried, Toni	
Mayr, Piet		Scherzl, Günter	
Müller, Alexander		Hingerl, Albert	
Niebler, Angelika, Prof. Dr.	anwesend ab 15:50 Uhr	Platzer, Elisabeth	
Oswald, Josef		Poschenrieder, Bianka	
Pfluger, Renate		Rauscher, Doris	
Riedl, Martin		Wirnitzer, Maria	anwesend ab 15:00 Uhr
Schwäbl, Josef		Glaser, Renate, Dr.	
Schwaiger, Johann		Ottinger, Marlene	
Spitzauer, Leonhard		Schweisfurth, Karl	
Stewens, Christa		Demmel, Helmuth	
Wagner, Martin		Pelz, Heidelinde	
Ziegltrum, Sonja	anwesend ab 15:00 Uhr	Schmidt, Manfred	
Ackstaller, Ilke			
Burggraf, Ulrike, Dr.		Abwesend sind:	
Eberl, Ottilie		Zistl, Josef	entschuldigt
Fent, Niklas		Weindl, Max	entschuldigt
Forst, Johannes von der	anwesend ab 14:15 Uhr	Proske, Ulrich	entschuldigt
Greithanner, Franz			
Gruber, Waltraud			

Robert Niedergesäß
Vorsitzender

Anja Lackner
Schriftführerin

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- TOP 1 Ö Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern
- TOP 2 Ö Eröffnung der Sitzung; Feststellung der Anwesenheit, Entschuldigungen und Beschlussfähigkeit, ordnungsgemäße Ladung, Einwände zur Niederschrift und Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 3 Ö Personalien und Ehrungen
- TOP 4 Ö Mitgliedschaft im Kreistag;
a) Ausscheiden von Herrn KR Dr. Wilfried Seidelmann
b) Nachrücker Herr Günter Scherzl
c) Besetzung der Ausschüsse
Vorlage: 2022/0775/1
- TOP 5 Ö Geplantes Berufsschulzentrum Grafing-Bahnhof; Vorstellung eines alternativen Planungs-, Bau- und Finanzierungskonzeptes von Prof. Florian Nagler und Dr. Ernst Böhm
Vorlage: 2022/0759
- TOP 6 Ö Örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2019 des Landkreises Ebersberg
Vorlage: 2022/0611/2
- TOP 7 Ö Beteiligungsmanagement;
a) Jahresabschluss 2021 der Energieagentur
b) Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung
Vorlage: 2021/0566/1
- TOP 8 Ö Information über die Haushaltsentwicklung 2022
Vorlage: 2021/0570/1
- TOP 9 Ö Finanzleitlinie des Landkreises Ebersberg; Neufassung
Vorlage: 2022/0792/1
- TOP 10 Ö Haushalt und Finanzleitlinie; Warteliste 2023
Vorlage: 2021/0572/1
- TOP 11 Ö VERTAGT_Radwege und Straßenbau; Genehmigung Kostensteigerung
Vorlage: 2022/0789/1
- TOP 12 Ö VERTAGT_Windenergie im Ebersberger Forst - Einstellung der Arbeiten, Maßnahmen-Stopp und Kündigung der Verträge; Antrag der AfD- Kreistagsfraktion vom 18.08.2022
Vorlage: 2022/0761/2
- TOP 13 Ö Bekanntgabe von Eilentscheidungen
- TOP 14 Ö Informationen und Bekanntgaben
- TOP 15 Ö Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
- TOP 16 Ö Anfragen

Öffentlicher Teil

In Gedenken an den verstorbenen Kreisrat Dr. Wilfried Seidelmann hält der Landrat eine Rede über sein Wirken und Engagement für den Landkreis Ebersberg. Sodann findet eine Gedenkminute statt.

TOP 1	Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern
-------	---

Stefan Scharnagl, Vorsitzender des Bundes der Selbstständigen Ebersberg und Unternehmer im Bereich Digitalisierung, plädiert für die Errichtung des Berufsschulzentrums Ebersberg in Grafing Bahnhof. Dieses wäre ein großer Imagegewinn für den Landkreis, zumal auch eine nahe schulische Versorgung der Auszubildenden zu begrüßen sei. Derzeit seien die Wege nach München und Rosenheim unabdingbar. Die Wegzeitverkürzung würde Energie einsparen und fördere zudem die Work-Life-Balance der Auszubildenden. Das Berufsschulzentrum diene der unternehmerischen Bestandssicherung im Landkreis und wirke sich positiv auf die Unabhängigkeit der Wertschöpfungsketten aus. Die Erfahrung zeige, dass sich um die Errichtung eines Berufsschulzentrums kleine und mittelständische Unternehmen ansiedeln würden.

Der Landrat begrüßt die Vertreterinnen der Interessengemeinschaft „Gymnasium JETZT“ aus Poing. Er informiert über die im Vorfeld der Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses am 10.10.2022 bei der Verwaltung eingegangenen Nachrichten aus dem Kreise der Poinger Elternschaft. Im Nachgang habe es eine Entschuldigung per E-Mail gegeben. Er weise darauf hin, dass die Interessengemeinschaft nicht in diese rein von den Eltern initiierte Aktion involviert gewesen sei.

Die Vertreterinnen der Interessengemeinschaft „Gymnasium JETZT“ richten sich sodann mit einem Appell an das Gremium. Bereits im Schuljahr 2025/26 sei die Schülerzahl aufgrund der Wiedereinführung von G9 problematisch. Es sei bedauerlich, dass fünf Jahre nach der Genehmigung eines Gymnasiums in Poing noch nicht mit dem Bau begonnen worden sei. Die fehlenden Finanzierungsmöglichkeiten sowie die stetig steigenden Kreditkosten, die der Landkreis als Argumentation aufführe, seien insofern nicht nachvollziehbar als dass hier dringend nach Lösungen gesucht werden müsse. An vielen Schulen herrsche Platzmangel und es gebe immer mehr Containerlösungen. Die Interessengemeinschaft habe nach Alternativansätzen zu den Lösungen der Machbarkeitsstudie gesucht und habe eine kostengünstigere Möglichkeit gefunden, die ebenso die ökologischen Anforderungen berücksichtige. Ihr Vorschlag sei die Modulbauweise, welche erhebliche Vorteile mit sich bringen würde. Je nach Anbieter könne zu fest vereinbarten Terminen und Kosten gebaut werden; erste Recherchen hätten Kosten i. H. v. 35 bis 50 Mio.€ ergeben (ohne Tiefgarage, Turnhalle und Grünanlagen). Dies berücksichtige noch keinerlei Fördergelder. Demnach würde diese Bauweise zu einer Kosten- und Geldersparnis führen, wodurch möglicherweise die Durchführung beider Projekte, Errichtung des Gymnasiums Poing und des Berufsschulzentrums Ebersberg in Grafing Bahnhof, realisierbar wäre oder zumindest keine teuren Übergangslösungen zu finanzieren seien. Wünschenswert sei es, das Bauvorhaben von der Warteliste zu nehmen.

Dr. med. Katharina Taffertshofer, Psychiaterin in Ebersberg, führt in ihrem Redebeitrag aus, welch wichtiges Ökosystem der Wald sei. Jeglicher Eingriff habe Auswirkungen auf das ge-

samte System, die biologische Vielfalt würde verloren gehen und eine Schädigung des Waldes führe zu massiven Umweltkatastrophen. Der Wald diene dem Klimaschutz als natürliche Klimaanlage und Wasserspeicher. Die Natur sei das höchste Gut und das Landschaftsschutzgebiet Ebersberger Forst müsse als wertvolles Ökosystem bewahrt werden. Insofern bitte sie das Gremium sich um andere Standorte (z. B. Gewerbegebiete, in der Nähe von Autobahnen) für die Errichtung der fünf Windenergieanlagen zu bemühen.

Dr. med. dent. Joachim Wyrwoll, Bürger aus Grafing, führt aus, dass in der Sitzung des ULV-Ausschusses am 18.05.2022 insgesamt 22 mögliche Standorte für die Errichtung von Windrädern definiert worden wären. Dahingehend bittet er um die bereits geplante und realisierbare Anzahl nach aktuellem Sachstand. Sodann erkundigt er sich nach dem Stand der Planung für die fünf Windenergieanlagen im Ebersberger Forst.

Hinsichtlich der gesamten Anzahl der Windräder im Landkreis obliege die Planungshoheit den Gemeinden, so der Landrat. Der Bundestag habe beschlossen, dass rund zwei Prozent der Landesfläche bis zum Jahr 2028 für Windkraft zur Verfügung gestellt werden müsse. Dies sei sodann an die regionalen Planungsverbände delegiert worden und bis zum Jahr 2026 müsse eine Meldung der ersten Flächen an die Bundesregierung erfolgen, andernfalls gelte die Privilegierung im Außenbereich. Durch die damit einhergehende Freigabe der Wälder für die Errichtung der Windenergieanlagen sei eine Änderung der Landschaftsschutzgebietsverordnung obsolet. Unter Berücksichtigung der geänderten Sachlage könne derzeit keine verlässliche Aussage über die Anzahl der Windenergieanlagen getroffen werden. Zur Einhaltung des Klimaziels im Landkreis sei in der Vergangenheit von der Errichtung von ca. 25 Anlagen ausgegangen worden. Sodann berichtet der Landrat über den aktuellen Sachstand zur Errichtung der fünf Windenergieanlagen im Ebersberger Forst. Per Beschluss des Bundestages seien definierte Landschaftsschutzgebiete kein Hindernis. Aufgrund des mit den bayerischen Staatsforsten geschlossenen Vertrages sei jedoch die Errichtung auf maximal fünf Anlagen limitiert. Dem Landkreis sei zudem schriftlich die Möglichkeit der Einhaltung der 10H-Regelung bestätigt worden. Derzeit würden sich die bayerischen Staatsforsten mit dem jetzigen Vertragspartner zur möglichen Verlängerung des Standortsicherungsvertrages im Austausch befinden. Für den Fall des Scheiterns der Vertragsverhandlungen würde es ein Bieterverfahren geben. Eine umfassende Prüfung und Definition möglicher Standorte würde erst nach Abschluss eines neuen Standortsicherungsvertrages erfolgen.

Udo Engelhardt, Bürger aus Baldham, berichtet über die Bilanzpressekonferenz der bayerischen Staatsforsten am 14.10.2022; hier habe der Vorstandsvorsitzende Martin Neumeyer die Wünsche der Kommunen vor Ort als entscheidend bezeichnet. Die Umsetzung der Errichtung der Windenergieanlagen erfolge nur gemeinsam mit der jeweiligen Gemeinde. Dieses Zitat bestätige, dass der Landkreis die Anzahl der Windräder im Ebersberger Forst bestimmen könnte, lehne er diese ab so würden sie auch nicht errichtet werden. Durch die Gesetzesänderung sei zudem auch die Realisierung des Vorhabens an anderen Standorten möglich, allein die Stadt Ebersberg habe 52 mögliche Positionen definiert. Zum Zeitpunkt des Bürgerentscheides hätten viele Bürger lediglich mangels Alternativen zugestimmt. Nun seien jedoch andere Lösungen realisierbar und seiner Ansicht nach bestehe kein Grund an dem Vorhaben im Ebersberger Wald festzuhalten. Er appelliert an das Gremium Mut zu beweisen und das Projekt einzustellen.

Der Landrat bedankt sich für die Fragen und Anregungen der Bürger. Sodann begrüßt er Herrn Thomas Stark, Bürgermeister der Gemeinde Poing.

TOP 2	Eröffnung der Sitzung; Feststellung der Anwesenheit, Entschuldigungen und Beschlussfähigkeit, ordnungsgemäße Ladung, Einwände zur Niederschrift und Genehmigung der Tagesordnung
-------	--

Der Landrat eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Nach Bekanntgabe der Entschuldigungen stellt er die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Gegen die Niederschrift der 16. Sitzung am 25.07.2022 gibt es keinen Einwand und sie ist einstimmig genehmigt.

Gegen die Tagesordnung gibt es keinen Einwand, somit ist diese einstimmig genehmigt.

TOP 3	Personalia und Ehrungen
-------	-------------------------

Der Landrat gratuliert den Kreisräten Ludwig Maurer und Heidelinde Pelz nachträglich zum halbrunden Geburtstag und überreicht ihnen ein kleines Präsent.

TOP 4	Mitgliedschaft im Kreistag; a) Ausscheiden von Herrn KR Dr. Wilfried Seidelmann b) Nachrücker Herr Günter Scherzl c) Besetzung der Ausschüsse
-------	--

Sitzungsvorlage 2022/0775/1

Der Landrat informiert über die vorzunehmende Vereidigung von Günter Scherzl als Nachfolger des verstorbenen Kreisrats Dr. Wilfried Seidelmann.

Er begrüßt Günter Scherzl als Listennachfolger der Freien Wähler und informiert, dass er sich bereit erklärt habe die Nachfolge von KR Dr. Wilfried Seidelmann anzutreten.

Nach Art. 24. Abs. 4 LKrO sind alle Kreisräte alsbald nach ihrer Wahl in feierlicher Form zu vereidigen. Der Landrat bittet Günter Scherzl nach vorne, um die Vereidigung durchzuführen.

Günter Scherzl leistet die Eidesformel:

„Ich schwöre Treue dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Bayern. Ich schwöre, den Gesetzen gehorsam zu sein und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen. Ich schwöre, die Rechte der Selbstverwaltung zu wahren und ihren Pflichten nachzukommen, so wahr mir Gott helfe.“

Nach geleisteter Vereidigung gratuliert der Landrat und überreicht ein kleines Präsent.

Entsprechend habe eine Neubesetzung der Ausschusssitze stattgefunden, welche der Sitzungsvorlage zu entnehmen seien, so der Landrat. Sodann stellt er den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

zu

- a) Das Ausscheiden von Herrn KR Dr. Wilfried Seidelmann aus dem Kreistag durch seinen plötzlichen Tod wird zur Kenntnis genommen.

zu

- b) 1. Es wird festgestellt, dass nach dem amtlichen Endergebnis der

Kreistagswahl vom 15.03.2020 Herr Günter Scherzl aus Poing per heutigem Beschluss als Listennachfolger von Herrn Dr. Wilfried Seidelmann in den Kreistag nachrückt.

2. Herr Günter Scherzl ist nach Art. 24 Abs. 4 LkrO zu vereidigen.

zu

- c) Die Gremien werden wie folgt besetzt:

Fraktionen

	Sprecher/in	Stellvertreter/-in	Weitere Stellvertretung	Geschäftsführer/-in
CSU-FDP	Wagner Martin	Müller Alexander Huber Thomas Lechner Martin Hilger Franziska		
SPD	Hingerl Albert	Platzer Elisabeth		Proske Ulrich
GRÜNE	Gruber Waltraud	Mayer Benedikt		Leng Lakhena
FW-BP	Reitsberger Georg	Scherzl Günter		
AG ÖDP- Die Linke	Glaser Renate Dr.	Schweisfurth Karl	Ottinger Marlene	
AfD	Schmidt Manfred	Demmel Helmuth		

Kreis- und Strategieausschuss

Fraktion	Mitglied	StellvertreterIn	Weitere Stellvertretung	Weitere Stellvertretung
CSU-FDP	Wagner Martin	Mayr Piet		
CSU-FDP	Huber Thomas	Schwaiger Johann		
CSU-FDP	Bauer Christian	Hilger Franziska		
CSU-FDP	Brilmayer Walter	Oswald Josef		
CSU-FDP	Müller Alexander	Frick Roland		
GRÜNE	Gruber Waltraud	Obermayr Angelika	Fent Niklas	Dr. Burggraf Ulrike
GRÜNE	Mayer Benedikt	Oellerer Reinhard	Schüller Antonia	Forst Johannes, von der

GRÜNE	Leng Lakhena	von Sarnowski Thomas	Schweinsteiger Ronja	Ackstaller Ilke
FW-BP	Reitsberger Georg	Scherzl Günter	Ossenstetter Simon	
SPD	Hingerl Albert	Rauscher Doris	Proske Ulrich	Platzer Elisabeth
AG ödp-Linke	Dr. Glaser Renate	Schweisfurth Karl	Ottinger Marlene	
AfD	Schmidt Manfred	Pelz Heidelinde		

Rechnungsprüfungsausschuss

Fraktion	Mitglied	StellvertreterIn	Weitere Stellvertretung
CSU-FDP	Schwäbl Josef	Hilger Franziska	
CSU-FDP	Lechner Martin	Bauer Christian	
GRÜNE	Leng Lakhena	Ruoff Veronika	Mayer Benedikt
FW-BP	Ossenstetter Simon	Weindl Max	
SPD	Platzer Elisabeth	Proske Ulrich	Poschenrieder Bianka

Jugendhilfeausschuss

Beschließende Mitglieder aus dem Kreistag

Fraktion	Mitglied	StellvertreterIn	Weitere Stellvertretung	Weitere Stellvertretung
FG CSU-FDP	Pfluger Renate	Stewens Christa		
FG CSU-FDP	Bauer Christian	Linhart Susanne		
FG CSU-FDP	Riedl Martin	Zistl Josef		
GRÜNE	Schweinsteiger Ronja	Eberl Ottilie	Forst, Johannes von	Oellerer Reinhard
GRÜNE	Schüller Antonia	Greithanner Fran	Mayer Benedikt	Fent Niklas
FG FW-BP	Ried Toni	Lechner Thomas	Scherzl Günter	
SPD	Rauscher Doris	Poschenrieder Bianka	Proske Ulrich	Wirntzer Maria

Ausschuss für Liegenschaften, Schulbauten und Vergaben - LSV-Ausschuss

Fraktion	Mitglied	StellvertreterIn	weitere Stellvertretung	weitere Stellvertretung
CSU-FDP	Mayr Piet	Pfluger Renate		
CSU-FDP	Dahms Walentina	Föstl Magdalena		
CSU-FDP	Ziegltrum Sonja	Schwaiger Johann		
CSU-FDP	Zistl Josef	Riedl Martin		
CSU-FDP	Frick Roland	Spitzauer Leonhard		
CSU-FDP	Gressierer Alexander	Lechner Martin		
GRÜNE	Greithanner Franz	Fent Niklas	Gruber Waltraud	Schweinsteiger Ronja
GRÜNE	Obermayr Angelika	Ackstaller Ilke	Mayer Benedikt	Leng Lakhena
GRÜNE	Ruoff Veronika	Schüller Antonia	Forst Johannes, von der	Dr. Burggraf Ulrike
FW-BP	Ossenstetter Simon	Ried Toni	Scherzl Günter	
FW-BP	Weindl Max	Reitsberger Georg	Lechner Thomas	
SPD	Platzer Elisabeth	Proske Ulrich	Wirntzer Maria	Hingerl Albert
AG ödp-Linke	Ottinger Marlene	Schweisfurth Karl	Dr. Glaser Renate	

AfD	Pelz Heidelinde	Schmidt Manfred		
-----	-----------------	-----------------	--	--

Ausschuss für Soziales, Familie, Bildung, Sport und Kultur - SFB-Ausschuss

Fraktion	Mitglied	StellvertreterIn	weitere Stellvertretung	Weitere Stellvertretung
CSU-FDP	Schwaiger Johann	Bauer Christian		
CSU-FDP	Linhart Susanne	Lechner Martin		
CSU-FDP	Matjanovski Marina	Frick Roland		
CSU-FDP	Dr. Markmiller Susanne	Müller Alexander		
CSU-FDP	Ziegltrum Sonja	Stewens Christa		
CSU-FDP	Föstl Magdalena	Dahms Walentina		
GRÜNE	Eberl Ottilie	Ruoff Veronika	Schüller Antonia	Waltraud Gruber
GRÜNE	Forst Johannes von der	Dr. Burggraf Ulrike	Schweinsteiger Ronja	Leng Lakhena
GRÜNE	Oellerer Reinhard	Greithanner Franz	Obermayr Angelika	Sarnowski, Thomas von
FW-BP	Maurer Ludwig	Lechner Thomas	Scherzl Günter	
FW-BP	Ried Toni	Ossenstetter Simon	Reitsberger Georg	
SPD	Proske Ulrich	Wirnitzer Maria	Rauscher Doris	Poschenrieder Bianka
AG ödp-Linke	Ottinger Marlene	Dr. Glaser Renate	Schweisfurth Karl	
AfD	Pelz Heidelinde	Demmel Helmuth		

Ausschuss für Umwelt- und Naturschutzangelegenheiten, Landkreisentwicklung, Regionalmanagement, Verkehrsinfrastruktur, Abfallwirtschaft, ÖPNV und Schülerbeförderung - ULV-Ausschuss

Fraktion	Mitglied	StellvertreterIn	weitere Stellvertretung	weitere Stellvertretung
CSU-FDP	Föstl Magdalena	Dahms Walentina		
CSU-FDP	Spitzauer Leonhard	Ziegltrum Sonja		
CSU-FDP	Hilger Franziska	Müller Alexander		
CSU-FDP	Lechner Martin	Linhart Susanne		
CSU-FDP	Oswald Josef	Gressierer Alexander		
CSU-FDP	Frick Roland	Pfluger Renate		
GRÜNE	Ackstaller Ilke	Schüller Antonia	Schweinsteiger Ronja	Greithanner Franz
GRÜNE	Sarnowski, Thomas von	Gruber Waltraud	Ruoff Veronika	Mayer Benedikt
GRÜNE	Fent Niklas	Leng Lakhena	Dr. Burggraf Ulrike	Eberl Ottilie
FW-BP	Lechner Thomas	Ossenstetter Simon	Weindl Max	
FW-BP	Maurer Ludwig	Ried Toni	Scherzl Günter	
SPD	Poschenrieder Bianka	Wirnitzer Maria	Hingerl Albert	Proske Ulrich
AG ödp-Linke	Schweisfurth Karl	Ottinger Marlene	Dr. Glaser Renate	
AfD	Schmidt Manfred	Demmel Helmuth		

Arbeitsgruppe Politik und Verwaltung

Vorschlagsberech-	Mitglied	Stellvertreter	weitere	weitere Stell-	weitere Stell-
-------------------	----------	----------------	---------	----------------	----------------

Fraktion	Stellvertreter	Vertreter	Stellvertreter	Vertreter
CSU-FDP	Wagner Martin	Gressierer Alexander		
GRÜNE	Obermayr Angelika	Gruber Waltraud	Mayer Benedikt	Leng Lakhena Oellerer Reinhard
FW-BP	Scherzl Günter	Ossenstetter Simon	Maurer Ludwig	
SPD	Hingerl Albert	Platzer Elisabeth	Rauscher Doris	
AG ödp-Linke	Schweisfurth Karl	Ottinger Marlene	Dr. Glaser Renate	
AfD	Manfred Schmidt	Helmuth Demmel		
AL 1	Keller Brigitte	Seitz Maximilian		
BL	Ottl Michael	-----		
RevA	Plischke Jutta	Staffe Fritz		
PR	Madl Stefan	Probul Norbert		

Aufsichtsrat der Kreisklinik Ebersberg gGmbH

Fraktion	Mitglied	Ersatzmitglied
CSU-FDP	Huber Thomas	Matjanovski Marina
CSU-FDP	Stewens Christa	Oswald Josef
CSU-FDP	Wagner Martin	Hilger Franziska
CSU-FDP	Linhart Susanne	Föstl Magdalena
GRÜNE	Oellerer Reinhard	Ackstaller Ilke
GRÜNE	Dr. Burggraf Ulrike	Obermayr Angelika
GRÜNE	Schweinsteiger Ronja	Forst Johannes, von der
FW-BP	Ossenstetter Simon	Ried Toni
SPD	Platzer Elisabeth	Rauscher Doris
AG ödp-Linke	Dr. Glaser Renate	Schweisfurth Karl
Besonders erfahrene Person im Krankenhauswesen	Pfaffeneder Günther, GF a.D. 'Romed'	
Besonders erfahrene Person im Krankenhauswesen	Dr. Weiler Thomas, GF 'Gesundheit Oberbayern'	



einstimmig angenommen

TOP 5	Geplantes Berufsschulzentrum Grafing-Bahnhof; Vorstellung eines alternativen Planungs-, Bau- und Finanzierungskonzeptes von Prof. Florian Nagler und Dr. Ernst Böhm
-------	---

Sitzungsvorlage 2022/0759

Vorberatung

19. Kreis- und Strategieausschuss am 18.07.2022, TOP 14 Ö

Sachvortragende(r):

Brigitte Keller, Abteilungsleiterin Zentrales und Bildung

Der Landrat führt in das Thema ein. Die Vorstellung eines alternativen Planungs-, Bau- und Finanzierungskonzeptes von Prof. Florian Nagler und Dr. Ernst Böhm erfolge auf Anregung

und aufgrund des Antrags der SPD-Kreistagsfraktion vom 04.07.2022. Auch die Verwaltung sei im Vorfeld bereits in Kontakt mit Dr. Ernst Böhm sowie mit Helmut Schütz, dem Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr, gewesen. Sodann berichtet er über die Entwicklungshistorie des Berufsschulzentrums Ebersberg in Grafing Bahnhof und des Gymnasiums in Poing. Die Schulen seien immanent wichtig und die Verwirklichung beider sei, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten, wirtschaftlich und innovativ durchzusetzen.

Dr. Ernst Böhm, Gesellschafter der B&O Gruppe, Prof. Otto Gaßner, Rechtsanwalt, und Brigitte Keller halten jeweils einen Sachvortrag. Die Präsentationen sind den Anlagen 1 bis 7 im Protokoll zu entnehmen.

KR Johann Schwaiger betont die Wichtigkeit der Berufsausbildung. Der Landkreis würde seit Jahrzehnten andere Berufsschulen über Gastschulbeiträge mitfinanzieren. Die Errichtung des Berufsschulzentrums Ebersberg in Grafing Bahnhof sei ein wichtiger Meilenstein für die Zukunft. Der Landkreis Ebersberg befinde sich in stetigem Wachstum, jährlich würden sich rund 50 Betriebe hier ansiedeln. Die Ausbildung qualifizierter Fachleute sei immanent wichtig um auch in Zukunft die Attraktivität der Region zu gewährleisten. Mit dem im SFB-Ausschuss gefassten Beschluss der Errichtung einer Fachakademie für Sozialpädagogik sowie einer Berufsfachschule für Kinderpflege sei ein Schritt in die richtige Richtung erfolgt, nun fehle lediglich noch das Berufsschulzentrum. Zuletzt bittet er den Bürgermeister der Stadt Grafing um Information, inwiefern die Bauleitplanung hierfür bereits abgeschlossen sei.

KR Christian Bauer informiert in seiner Funktion als Bürgermeister der Stadt Grafing, dass die Bauleitplanung bis Ende 2023 abgeschlossen sein werde.

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 04.07.2022 habe ein Voranschreiten im Projekt „Berufsschulzentrum Ebersberg in Grafing Bahnhof“ bewirkt und der Beschlussvorschlag sei unbedingt zu unterstützen, so KR Albert Hingerl. Das im Rahmen des Sachvortrags vorgestellte Modell einer Innovationspartnerschaft sei gleichermaßen auf das Gymnasium Poing zu übertragen. Sodann erkundigt er sich nach der Höhe der Gastschulbeiträge im Rahmen eines möglichen Finanzierungskonzeptes.

Brigitte Keller könne noch keine Auskunft über die Höhe der Gastschulbeiträge erteilen. Erfahrungsgemäß würden die Schule rund 10 Prozent der Schüler aus landkreiseigenen Betrieben besuchen, dessen Kosten der Landkreis selbst zu tragen habe. Der restliche Anteil bestehe aus Schülern anderer Landkreise, welche folglich Gastschulbeiträge zu entrichten hätten.

KR Karl Schweisfurth entkräftet die Argumentation für die Beibehaltung des Berufsschulzentrums auf der Warteliste. Grund hierfür sei die Thematik der Finanzierbarkeit gewesen, die jedoch – wie auch im Sachvortrag der Finanzmanagerin dargestellt – unstrittig gegeben sei. Der durch den Landkreis zu leistende Betrag sei überschaubar und er plädiere das Projekt damit von der Warteliste zu nehmen.

KR Martin Wagner erläutert, dass die Diskussion um die Warteliste zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen würde. Die Möglichkeit der modularen Bauweise sei zu untersuchen, dies gelte ebenso für das Gymnasium in Poing. Die CSU-FDP-Kreistagsfraktion habe hierzu ei-

nen entsprechenden Antrag gestellt.

KR Reinhard Oellerer informiert, dass die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen diesen Antrag unterstützen werde, mit dieser Bauweise könne Geld und Zeit eingespart werden. Grundsätzlich befürworte die Kreistagsfraktion die Errichtung beider Schulen, wobei der zeitgleiche Bau wohl nicht realisierbar sein werde. Es müsse eine Überprüfung der errechneten Bau- und Erschließungskosten i. H. v. 60 Mio.€ bei modularer Bauweise stattfinden. Ebenso würden sich grundsätzliche Fragen hinsichtlich der Finanzierung ergeben. Die Laufzeit für die Abschreibung von Krediten würde 20 Jahre betragen, wohingegen für Schulgebäude 40 Jahre veranschlagt werden. Das sich daraus ergebende Delta würde nicht allein über die Gastschulbeiträge refinanziert werden können, ein Teil sei auch über die Kreisumlage abzudecken.

Es sei unstrittig, dass hier zusätzliche Mittel erforderlich seien, so Brigitte Keller. Jedoch würden ebenso höhere Gewerbesteuererinnahmen generiert werden und dem Landkreis fließe damit mehr Geld zu. Die veranschlagten 60 Mio.€ für die modulare Bauweise seien ein fiktiver Wert, der selbstverständlich noch überprüft werden müsse. Allerdings könne der Innovationspartner damit aufzeigen, welche Bauweise mit diesem Fixbetrag realisiert werden könnte.

Nach Ansicht von KR Alexander Müller sei es wichtig in diesem Projekt voranzukommen. Der Landkreis bestimme dabei die Art und Weise der Umsetzung sowie die Höhe der finanziellen leistbaren Mittel. Das durch Dr. Ernst Böhm vorgestellte Konzept sei dabei ein Vorschlag einer innovativen und kostengünstigen Bauweise.

KR Manfred Schmidt zeigt sich erfreut über die voranschreitende Entwicklung beider Projektvorhaben. Das sich abzeichnende Ergebnis sei aus dem fraktionsübergreifenden Wunsch einer guten Lösung entstanden. Mit der Aufklärung darüber, dass das Berufsschulzentrum ebenso eine Pflichtaufgabe sei wie das Gymnasium, habe die AfD-Kreistagsfraktion ebenso ihren Beitrag dazu geleistet. Andernfalls wäre die Priorisierung eine andere gewesen. Die Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Zunächst müsse sich das Gremium mit der grundsätzlichen Umsetzbarkeit beider Projekte befassen, so KR Günter Scherzl. Zum derzeitigen Zeitpunkt müsse noch keine Priorisierung erfolgen, die Möglichkeit der Innovationspartnerschaft sei für beide Bauvorhaben anwendbar. Gelder für Container-Lösungen zu generieren lehne er ab.

KR Benedikt Mayer erkundigt sich nach den Personalkapazitäten für die Realisierung der Bauvorhaben im Liegenschaftsamt.

Der Landrat informiert, dass die Personalkapazitäten der Verwaltung für die bereits bestehenden Bauprojekte nicht ausreichend seien. Leider sei über den Arbeitsmarkt kein entsprechendes Fachpersonal zu finden und es müsse sich über die personelle Realisierbarkeit der Projekte Gedanken gemacht werden.

Dr. Ernst Böhm berichtet, dass die Technische Universität München (TUM) im Rahmen einer Innovationspartnerschaft bereit zur personellen Unterstützung wäre. Auch sei die veranschlagte Projektsumme i. H. v. 60 Mio.€ realistisch, die TUM habe hier eine detaillierte Kos-

tenaufstellung erarbeitet und auch Bodenuntersuchungen vorgenommen.

Nach Ansicht des Landrats sei der Beschlussvorschlag um das Gymnasium Poing zu ergänzen. Möglicherweise sei der Freistaat Bayern bereit sich auf beide Projekte einzulassen. Grundsätzlich müsse bei beiden Bauvorhaben eine Kostenreduzierung erfolgen.

KR Christian Bauer liege besonders das Berufsschulzentrum Ebersberg in Grafing Bahnhof am Herzen. Eine Kostenreduzierung sei für beide Projekte unabdingbar.

KRin Sonja Ziegltrum führt aus, dass eine Förderung nur bei vorliegender Innovation gewährt werden würde. Fraglich sei daher, inwiefern die Errichtung einer weiteren Schule ebenso im Rahmen einer Innovationspartnerschaft erfolgen könnte. Im Rahmen des Vergabeverfahrens sei es möglicherweise erforderlich beide Schulen in einem Antrag zu behandeln. Sodann erkundigt sie sich, inwieweit im Baukonzept „Einfach bauen“ die Lebenszykluskosten bei einer Holzbauweise berücksichtigt seien.

Das Konzept sei für das Projekt „Berufsschulzentrum“ entwickelt worden. Inwieweit dieses übertragbar auf die Errichtung des Gymnasiums in Poing sei, gelte es zu prüfen. Dies müsse mit dem Freistaat Bayern besprochen werden.

Die Berücksichtigung der Lebenszykluskosten sei immanent wichtig und häufig zu wenig berücksichtigt, so Dr. Ernst Böhm. Sodann erläutert er, dass der Standort Grafing für die Errichtung des Berufsschulzentrums vorteilhaft sei aufgrund der vorliegenden Biogasanlagen in unmittelbarer Nähe. Damit könne der klimaneutrale Betrieb mit nur geringem Aufwand gewährleistet werden.

Der Landrat bedankt sich bei den Experten über ihren Input und das Interesse an den Bauprojekten. Die Kreisgremien hätten mit der, in der Sitzung des SFB-Ausschusses am 12.10.2022 beschlossenen, Inbetriebnahme der Fachakademie für Sozialpädagogik sowie der Berufsfachschule für Kinderpflege im kommenden Jahr bereits ein wichtiges Signal für den Berufsschulbereich gesetzt. Sodann berichtet er über den derzeitigen Bau eines Gymnasiums für 850 Schüler in Röhrmoos im Landkreis Dachau, das mit einem Nettopreis von 50 Mio.€ veranschlagt sei. Dabei handele es sich um eine funktionale Ausschreibung mit vier oder fünf Teilgewerken in Systembauweise. Eine derartige Bauweise sei auch Bestandteil des Antrags der CSU-FDP-Fraktion. Die Herausforderungen dieser Zeit seien die Bezahlbarkeit und die ökologischen Standards über die es sich auszutauschen gelte. Seiner Ansicht nach könne man beide Bauvorhaben nicht parallel realisieren, obgleich die Entwicklung beider Projekte vorangeschoben werden müsse. Sodann ergänzt der Landrat den vorliegenden Beschlussvorschlag um das Gymnasium Poing und stellt diesen zur Abstimmung.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Freistaat Bayern die grundsätzliche Förderfähigkeit des Modells einer Innovationspartnerschaft für die Berufsschule Ebersberg in Grafing-Bahnhof sowie das Gymnasium Poing abzuklären.



einstimmig angenommen

TOP 6	Örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2019 des Landkreises Ebersberg
-------	---

Sitzungsvorlage 2022/0611/2

963.2/1-2019

Vorberatung

06. Rechnungsprüfungsausschuss am 22.03.2022, TOP 2 N

20. Kreis- und Strategieausschuss am 10.10.2022, TOP 4 Ö

Der Landrat informiert über den einstimmigen Empfehlungsbeschluss des Kreis- und Strategieausschusses in der Sitzung am 10.10.2022.

KR Manfred Schmidt berichtet über einen Vorgang, der ihn im Rahmen der örtlichen Prüfung des Jahresabschlusses 2019 aufgefallen sei. Hier sei durch fahrlässiges Handeln eines Kreisbediensteten bei der Erfüllung von staatlichen Aufgaben bei einem Landwirt ein Schaden i. H. v. 6.264 € entstanden, den der Landkreis mangels vorliegender Amtspflichtversicherung aus Kulanz übernommen habe. Er erkundigt sich, inwieweit es sich vorliegend um grobe Fahrlässigkeit gehandelt habe. Für diesen Fall wäre der Bedienstete zum Schadenersatz verpflichtet. Sodann beantragt er getrennte Abstimmung der Nummer 1 des Beschlussvorschlags.

Der Vorgang sei umfassend geprüft worden und hier könne das Vorliegen von grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen werden, so Michael Ottl, wissenschaftlicher Rechtsberater und Leiter Büro des Landrats.

Das Gremium habe in den letzten Jahren ausführlich über die Pflicht der gesetzlich richtigen und vollständigen Jahresabschlüsse diskutiert, so KRin Lakhena Leng. Dies sei erforderlich gewesen, damit die Verwaltung zeitnahe Maßnahmen zur Einhaltung gesetzlicher Vorgaben ergreife. Insbesondere der Jahresabschluss 2019 habe gravierende Feststellungen hervorgebracht. Das Gremium habe die Pflicht seine Kontrollfunktion wahrzunehmen, die vorliegenden Fehler müssen korrigiert werden. Dennoch bestehe seitens der Politik die Möglichkeit, zur Sicherung der Handlungsfähigkeit, den Jahresabschluss trotz Mängel festzustellen. Mit dem Beschlussvorschlag würde den Bürgern aufgezeigt werden, dass der Landkreis die Feststellungen ernst nehme und zugleich erhalte die Verwaltung die Möglichkeit in den kontinuierlichen Verbesserungsprozess zu gehen. Sodann informiert sie, dass die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Sie bitte jedoch um folgende Änderung der Nummer 4 des Beschlussvorschlags: *„Korrekturen der nicht ordnungsgemäßen Buchungen und der weiteren Textziffern werden durchgeführt. (ursprünglich erwartet)“*

Brigitte Keller informiert, dass sich die Verwaltung mit der örtlichen Revision zu Ziffer 4 ausgetauscht habe und sie die vorgeschlagene Änderung des Beschlussvorschlags nicht empfehlen könne. Dies habe andernfalls einen Systemwechsel zur Folge. Sie könne versichern, dass die Verwaltung an der Thematik arbeite und das Gremium über den hierfür notwendigen Zeitaufwand informieren werde.

KR Albert Hingerl bedankt sich beim Gremium für die Aufklärung des Sachverhalts in dieser kompetenten Art und Weise. Auch die Verwaltung trage, mit ihrer Bereitschaft der kontinuierlichen Verbesserung, positiv dazu bei.

Der Landrat stellte den Beschlussvorschlag sodann getrennt zur Abstimmung.

Der Kreistag fasst folgende Beschlüsse:

- 1. Trotz der in den Textziffern formulierten Feststellungen der örtlichen Rechnungsprüfung wird der Jahresabschluss des Landkreises Ebersberg für das Haushaltsjahr 2019 mit den auf den Seiten 23, 33 bis 34, 41 und 53 des Berichts vom 24.01.2022 ausgewiesenen Summen gemäß Art. 88 Abs. 3 LKrO festgestellt.**

Diese Abschlusszahlen sind Bestandteil dieses Beschlusses und Anlage zur Niederschrift.



angenommen

gegen 3 Stimmen

- 2. Punkt 1 des Beschlusses des Kreis- und Strategieausschusses vom 27.04.2020 (TOP 5 Ö) zur Verbuchung des Jahresüberschusses 2019 i.H.v. 11.088.741,73 € wird bestätigt.**
- 3. Der erwirtschaftete Jahresüberschuss in Höhe von 11.088.741,73 € wird der Ergebnismittelverwendung zugewandt.**
- 4. Korrekturen der nicht ordnungsgemäßen Buchungen und der weiteren Textziffern werden erwartet.**



einstimmig angenommen

TOP 7	Beteiligungsmanagement; a) Jahresabschluss 2021 der Energieagentur b) Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung
-------	--

Sitzungsvorlage 2021/0566/1

Vorberatung

Kreis- und Strategieausschuss am 10.10.2022, TOP 5 Ö

Sachvortragende(r):

Barbara Strangfeld, Sachbearbeiterin SG 14, Finanzen, Beteiligungen
Dr. Willie Stiehler, Energieagentur Ebersberg-München gGmbH

Barbara Strangfeld, Sachbearbeiterin SG 14, und Dr. Willie Stiehler, Energieagentur Ebersberg-München gGmbH, halten einen Sachvortrag anhand einer Präsentation (Anlage 8 zum Protokoll).

KRin und weitere Stellvertreterin Magdalena Föstl übernimmt den Vorsitz und informiert, dass wegen persönlicher Beteiligung weder der Landrat, sein gewählter Stellvertreter Walter Brilmayer noch die in den Aufsichtsrat entsandten Mitglieder KRin Waltraud Gruber, KR Martin Lechner, KR Johann Schwaiger und KR Thomas Lechner an der Abstimmung teilnehmen dürfen (Art. 43 Abs. 1 LKrO).

KRin Bianka Poschenrieder geht auf den vorliegenden Lagebericht der Energieagentur Ebersberg-München gGmbH für das Geschäftsjahr 2021 ein. Sie schlägt vor, den Stückpreis pro Tonne CO₂ bei der „Aktion Zukunft+“ auf 20 € festzusetzen. Zudem würde der zukünftig weiterhin ansteigende Jahresfehlbetrag für den Landkreis eine weitere Zunahme der

Zuschüsse bedeuten. Dies sei kritisch zu bedenken. Es sei enttäuschend, dass die Energieagentur an dem Zwei-Grad-Ziel beim Klimawandel festhalte. Klimainstitute würden indessen von einem Wert von 3,2 Grad Celsius sprechen, dahingehend müsse eine Anpassung erfolgen.

Dr. Willie Stiehler bedankt sich für die Anmerkungen zum Lagebericht. Zum Zeitpunkt der Berichterstattung sei von einem Stückpreis von 10 € pro Tonne CO₂ ausgegangen worden, dies habe sich zwischenzeitlich auf 20 € erhöht. Bezugnehmend auf das Zwei-Grad-Ziel im Klimawandel teile er die Ansicht von KRin Bianka Poschenrieder; dies sei ein sehr ambitioniertes Ziel.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

a) Der Landrat bzw. sein Stellvertreter werden beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der Energieagentur Ebersberg-München gGmbH folgende Beschlüsse zu erwirken:

- 1. Der Jahresabschluss 2021 der Energieagentur Ebersberg-München gGmbH mit einer Bilanzsumme von 1.718.901 Euro sowie der Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Aufwand von 2.638.522 €, Erträgen von 2.638.522 € und einem Jahresergebnis von 0,00 Euro und der Lagebericht 2021 werden festgestellt.**
- 2. Nach den Regelungen des Gesellschaftsvertrags wird der Überschuss auf die Gesellschafter aufgeteilt, so dass im Jahresabschluss 2021 eine Ausgleichsverbindlichkeit in Höhe der Kostenüberdeckung i.H.v. 283.200 € gegenüber den Gesellschaftern eingestellt wurde. Aufgrund dessen ergibt sich ein Jahresergebnis von 0 €.**

Die Ausgleichsverbindlichkeit wird um den Betrag von 30.000 € gekürzt, da 30.000 € aus der Kostenüberdeckung für Ausbau und Einrichtungsmaßnahmen der neuen Büroräume der Gesellschaft in der Stadt Ebersberg verwendet werden dürfen (17. AR-Sitzung am 15.02.2022).

Die Ausgleichsverbindlichkeit in Höhe von 253.200 € wird nach Feststellung des Jahresabschlusses 2021 und Beschluss über die Ergebnisverwendung 2021 durch die Gesellschafterversammlung im November 2022 an die Gesellschafter ausgezahlt. Die Rückzahlung an den Landkreis Ebersberg beträgt 73.370 €.

b) Dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung der Energieagentur Ebersberg München gGmbH wird für das Geschäftsjahr 2021 die Entlastung erteilt.



einstimmig angenommen

Weder der Landrat, sein gewählter Stellvertreter Walter Brilmayer noch die in den Aufsichtsrat der Energieagentur entsandten Mitglieder KRin Waltraud Gruber, KR Martin Lechner, KR Johann Schwaiger und KR Thomas Lechner haben wegen persönlicher Beteiligung an der Abstimmung teilgenommen (Art. 43 Abs. 1 LKrO).

TOP 8	Information über die Haushaltsentwicklung 2022
-------	--

Sitzungsvorlage 2021/0570/1

Sachvortragende(r): Ana Stellmach, Sachgebietsleiterin SG 14, Finanzen, Beteiligungen

Ana Stellmach, Sachgebietsleiterin SG 14, hält einen Sachvortrag anhand einer Präsentation (Anlage 9 zum Protokoll).

Es folgt keine Wortmeldung.

Der Kreistag nimmt die Information über die Haushaltsentwicklung 2022 zur Kenntnis. In einem Jahr wird dem Kreis- und Strategieausschuss und dem Kreistag in dieser Form wieder berichtet.

TOP 9	Finanzleitlinie des Landkreises Ebersberg; Neufassung
-------	---

Sitzungsvorlage 2022/0792/1

Vorberatung Kreis- und Strategieausschuss am 10.10.2022 TOP 9 ö

Sachvortragende(r): Barbara Strangfeld, Sachbearbeiterin SG 14, Finanzen, Beteiligungen

Der Landrat führt in das Thema ein. Der Kreistag habe eine Neufassung der Finanzleitlinie beschlossen, woraufhin die interfraktionelle Arbeitsgruppe Finanzleitlinie und Investitionen getagt habe. Den vorgeschlagenen Änderungen habe der Kreis- und Strategieausschuss in seiner Sitzung am 10.10.2022 bereits zugestimmt.

Barbara Strangfeld hält einen Sachvortrag anhand einer Präsentation (Anlage 10 zum Protokoll). Die finale Fassung der Finanzleitlinie werde nach Beschlussfassung durch das Gremium dem Protokoll beigelegt (Anlage 11 zum Protokoll). Auch habe sich kurzfristig eine redaktionelle Änderung ergeben, welche dem Gremium als Tischvorlage vorliege (Anlage 12 zum Protokoll).

KR Manfred Schmidt beantragt die Ergänzung des Wortes „*grundsätzlich*“ unter Punkt 6.2 Warnindikator Schuldenstand der Finanzleitlinie des Landkreises Ebersberg: „*Der Schuldenstand darf 60 % der jährlichen Aufwendungen des Ergebnishaushalts grundsätzlich nicht überschreiten.*“ Diese Formulierung würde dem Gremium einen gewissen Spielraum ermöglichen, obgleich man davon nicht Gebrauch machen müsse.

KR Benedikt Mayer zeigt sich erfreut über die Neufassung der Finanzleitlinie und bedankt sich bei der interfraktionellen Arbeitsgruppe Finanzleitlinie und Investitionen sowie der Verwaltung für die gute Arbeit und angenehme Arbeitsatmosphäre. Die Grundidee der Finanzleitlinie, die Methoden des Vertrags von Maastricht auf den Kreis anzuwenden, sei auch nach der notwendigen Überarbeitung erhalten geblieben. Er werde den Beschlussvorschlag gerne zustimmen.

Die gesamte Ausschussgemeinschaft ödp/DIE LINKE habe die Möglichkeit gehabt an der Arbeitsgruppe teilzunehmen. Ihrer Ansicht nach sei die Finanzleitlinie ein Ausfluss zögerlicher Politik. Die Kreditaufnahme werde damit eingeschränkt, obgleich dies eine gute Möglichkeit sei Investitionen zu tätigen ohne die Kreisumlage zu erhöhen. Insbesondere betreffe dies die Realisierung der beiden Schulprojekte, die langfristig den Landkreis stärken würden. Auch der Antrag der Ausschussgemeinschaft auf Verlängerung des Tilgungszeitraums bei Kreditaufnahme für Zukunftsinvestitionen sei durch das Gremium in der Sitzung des Kreis-

und Strategieausschusses am 25.04.2022 abgelehnt worden. Sie spreche sich für eine mutigere Finanzpolitik aus, um die aktuell schwierige Zeit bewältigen zu können. Die Ausschussgemeinschaft könne dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

KR Martin Wagner führt aus, dass die Verlängerung des Tilgungszeitraums eine Frage der Generationengerechtigkeit sei. Gerade in der aktuell schwierigen Zeit ließen sich auch nur vage Zukunftsprognosen machen. Die Leitlinien seien als Handlungshilfe zu verstehen und würden keine zwingende Verpflichtung darstellen. Im Falle einer dringend erforderlichen Verlängerung des Tilgungszeitraums sei dies ohnehin möglich.

Die SPD-Kreistagsfraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen, die ihrerseits eingebrachten Anregungen seien überwiegend umgesetzt worden, so KR Albert Hingerl. Die Einhaltung der darin definierten Warnindikatoren obliege dem politischen Willen, die Leitlinie sei wortwörtlich als solche zu verstehen. Investitionen zu tätigen sei keine rein zahlenbasierte Entscheidung, andernfalls würden, in Anbetracht der angespannten Lage, keinerlei Investition mehr getätigt werden.

Der Landrat stellt zunächst den Antrag der AfD-Kreistagsfraktion zur Abstimmung, sodann stimmt das Gremium über den Beschlussvorschlag ab.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

1. Abstimmung über den Antrag der AfD-Fraktion vom 24.10.2022



abgelehnt

gegen 3 Stimmen

2. Die überarbeitete Finanzleitlinie (Anlage 3) tritt zum 01.01.2023 in Kraft.



angenommen

gegen 5 Stimmen

TOP 10	Haushalt und Finanzleitlinie; Warteliste 2023
---------------	--

Sitzungsvorlage 2021/0572/1

Vorberatung

Kreis- und Strategieausschuss am 10.10.2022, TOP 10 ö

Sachvortragende(r):

Barbara Strangfeld, Sachbearbeiterin SG 14, Finanzen, Beteiligungen

Der Landrat führt in das Thema ein. Der Kreistag arbeite seit 2010 mit einer Warteliste, die alle neuen Investitionsprojekte mit einem Nettoinvestitionsvolumen ab 200.000 € beinhalte. Der Zweck dieses Instrumentes sei der vorausschauende Überblick künftiger Investitionen nebst möglicher finanzieller Umsetzbarkeit bzw. Priorisierung.

Barbara Strangfeld hält einen Sachvortrag anhand einer Präsentation (Anlage 13 zum Protokoll).

Zunächst diskutiert das Gremium über die Maßnahme „EBE 9 – ZEB OD Jakobneuharting bis Schaurach“ gemäß der Nummer 1 des Beschlussvorschlags.

KRin Waltraud Gruber informiert, dass die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen sich stets für eine Sanierung jedoch keine Verbreiterung des Straßenabschnitts ausgesprochen hätten. Im Rahmen der Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses am 10.10.2022 habe die Fraktion dem Beschluss mit folgendem zusätzlichen Abstimmungsvermerk zugestimmt: *„Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen befürworten eine Sanierung/einen schmäleren Ausbau dieses Straßenabschnittes, aber nicht den Vollausbau gemäß der Investitions-Nr. 910-09-007.“* Sie bitte diesen ebenso im Protokoll der heutigen Sitzung aufzunehmen.

Nach Ansicht von KR Reinhard Oellerer sei die Gesamtbeurteilung der finanziellen Situation aufgrund fehlender Angaben schwierig. Insbesondere erkundigt er sich nach den zu übertragenden Haushaltsresten in das Jahr 2023 sowie die Summe der bisher aufgenommenen Kredite im Rahmen der Kreditermächtigung i. H. v. 22,8 Mio.€.

Bisher seien Kredite i. H. v. 750.000 € aufgenommen worden, so Brigitte Keller. Die Finanzmanagerin rechne mit rund 20 Mio.€ an zu übertragenden Haushaltsresten. Dies bedeute, dass die Mittelabflüsse im Vergleich zur Planung stark verzögert seien. Die Gesamthöhe der aufgenommenen Kredite werde in diesem Jahr damit maximal 2 Mio.€ betragen.

KR Dr. Andreas Lenz merkt an, dass der Straßenabschnitt der EBE 9 zwischen Jakobneuharting und Schaurach höchst sanierungsbedürftig sei. Er bitte diese Maßnahme sorgfältig zu prüfen, insbesondere bezweifle er die Förderfähigkeit der Sanierung in der geplanten Ausführung. Es seien die bereits vorhandenen Planungen des Straßenbauamts Rosenheim zu berücksichtigen, welche sich entsprechend am Bestand orientiert hatten. Die derzeit geplante Ausführung würde nicht der ursprünglichen Planung entsprechen.

Brigitte Keller erläutert, dass die Kostenschätzungen aus einer Vorplanung des Jahres 2015 stammen würden und eine entsprechende Anpassung an die aktuelle Planung stattgefunden habe. Die Anmerkung von KR Dr. Andreas Lenz werde an das zuständige Sachgebiet weitergegeben.

KR Helmuth Demmel berichtet über den äußerst desolaten Zustand der EBE 9, dessen Sanierung unabdingbar sei. Persönlich könne er die Ansicht der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht nachvollziehen.

Sodann folgt eine Debatte über die Warteliste. Davon ausgenommen werden das Berufsschulzentrum Ebersberg in Grafing Bahnhof sowie das Gymnasium Poing, welche gesondert diskutiert werden.

KRin Doris Rauscher zeigt sich erfreut über die Umsetzung der Maßnahme „Errichtung eines Frauenhauses“. Die Gewaltquote in den letzten Jahren habe stark zugenommen und die Not sei, aufgrund der stets starken Belegung des kooperierenden Frauenhauses in Erding, enorm gewesen.

KRin Waltraud Gruber beantragt getrennte Abstimmung über die Maßnahme „EBE 13 – Fahrbahnverbreiterung Feldkirchner Straße Glonn (vorher Verkehrssicherung in Glonn zwischen Heckenweg und Mattenhofener Straße)“. Eine Fahrbahnerweiterung ohne Anpassung des Fußgängerweges sei nicht zielführend. Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen könne dem nicht zustimmen.

KR Franz Greithanner bittet um neutrale Formulierung der Maßnahme „Gymnasium Vaterstetten, Variante 4 Baukostenzuschuss Fernwärme und Erneuerung Fernwärmeübergabestation“ mangels geschlossener Verträge, die sodann in „Gymnasium Vaterstetten, Fernwärmeversorgung“ umbenannt wird.

KR Josef Oswald berichtet über die verheerende Verkehrssituation in der Feldkirchner Straße in Glonn. In diesem Bereich sei die Fahrbahn aufgrund der Kurvenlage verengt und im Falle des Begegnungsverkehrs müsse ein großes Fahrzeug auf den Gehweg ausweichen. Der in der Innenseite der Kurve befindliche Fußgängerweg sei durch eine Mauer begrenzt. Ohne entsprechende Fahrbahnerweiterung könne die Sicherheit der Fußgänger nicht gewährleistet werden. Dies sei eine immanente wichtige Maßnahme.

Der Landrat führt aus, dass er in diesem Bereich der EBE 13 bereits in der Vergangenheit Tempo 30 angeordnet habe und dies auch so beibehalten werde. Die Maßnahme diene einzig und allein der Verbesserung der Situation für alle Verkehrsteilnehmer. In der Vergangenheit seien bereits kleinere Maßnahmen (z. B. Rammschutzpoller) umgesetzt worden, dessen Wirksamkeit leider unzureichend seien. Derzeit würde ebenso die Möglichkeit einer Gehwegverbreiterung geprüft werden, dessen Umsetzbarkeit jedoch zumindest auf der einen Seite durch die Mauer limitiert sei. Persönlich könne er dem Gremium nur die Umsetzung dieser Maßnahme empfehlen.

KRin Christa Stewens betont die Wichtigkeit eines Frauenhauses, welches in existentiellen Notlagen helfen würde. Insofern sei sie sehr erfreut über die Umsetzung der Maßnahme.

Zuletzt berät das Gremium über die beiden Großprojekte Berufsschulzentrum Ebersberg in Grafing Bahnhof sowie Gymnasium Poing.

KR Albert Hingerl plädiert das Gymnasium Poing von der Warteliste zu nehmen. Für den Fall, dass das Gremium dieses Bauvorhaben weiterhin auf der Warteliste belassen möchte, werde die SPD-Kreistagsfraktion den als Tischvorlage vorliegenden Antrag (Anlage 14 zum Protokoll) stellen. Der Bau eines fünften Gymnasiums im Landkreis wirke sich positiv auf die Umwelt aus (kein Schulbusverkehr zu den umliegenden Schulen), entlaste bestehende Gymnasien, führe zu einer Verbesserung der Einnahmen sowie Aufwertung des umliegenden Baugrundes. Zudem würden keine unnötigen Kosten durch vorzunehmende Ersatzleistungen entstehen und durch optimierte Bauplanung (Modulbauweise) könne sowohl eine Bauzeit- als auch eine Kostenreduzierung erreicht werden. Er appelliere an das Gremium das Vorhaben von der Warteliste zu nehmen, die Belange der Schulen sei vor die Finanzierung zu stellen. Sodann verliert KR Albert Hingerl den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 13.10.2022.

Persönlich hege er große Sympathien für den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion, so der Landrat. Die Notwendigkeit der Errichtung eines Gymnasiums in Poing sei unstrittig gegeben, dies sei allein anhand der Schülerzahlen der umliegenden Gymnasien zu belegen. Allerdings befinde sich der Kreis aufgrund der aktuell weltpolitischen Lage in schwierigen Zeiten, die nicht ignoriert werden könnten. Die Errichtung eines Gymnasiums in Poing dürfe nicht „auf die lange Bank“ geschoben werden, jedoch könne die jetzige Situation durchaus noch ein bis zwei Jahre überbrückt werden. Diese Zeit müsse genutzt werden, um Alternativen zu prüfen. Derzeit würde auch über die Bildung von Vorläuferklassen diskutiert werden.

Er vertrete daher die Ansicht, das Bauvorhaben noch auf der Warteliste zu belassen. Dessen Herunternahme sei zudem kein gutes Signal gegenüber dem geplanten Berufsschulzentrum Ebersberg in Grafing Bahnhof, welches weiterhin auf der Warteliste verbleiben solle. Der Kreistag trage die Gesamtverantwortung für die Finanzen des Kreises, aber auch die Bildung in der Region. Es müsse konzentriert an Lösungen gearbeitet werden.

KRin Christa Stewens sei sich der Probleme der Eltern- und Schülerschaft in der Gemeinde Poing bewusst. Sie stimme jedoch dennoch dafür, dass Vorhaben noch ein weiteres Jahr auf der Warteliste zu belassen. Persönlich sei sie davon überzeugt, dass dieses Jahr notwendig für die grundlegenden Vorarbeiten sei, obgleich beide Großprojekte alsbald realisiert werden müssen.

KR Reinhard Oellerer teilt ebenso die Ansicht das Gymnasium Poing weiterhin auf der Warteliste zu belassen, obgleich dessen Errichtung nicht zur Disposition gestellt würde. Es bestehe die Möglichkeit die Vorläuferklassen in Markt Schwaben unterzubringen, dessen derzeitige Mittelschule aufgrund des sich gerade in der Bauphase befindlichen neuen Schulzentrums künftig leer stehen werde. Sodann geht er auf die finanziell angespannte Situation des Landkreises ein. In den kommenden Jahren seien die bereits beschlossenen Investitionen i. H. v. 47 Mio.€ zu finanzieren, allein dadurch werde der Schuldenstand um einige Mio.€ wachsen. In der derzeitigen Haushaltsplanung für das Jahr 2023 werde mit einer „schwarzen Null“ gerechnet. Künftige Investitionen würden sich damit unabdingbar auf die Kreisumlage auswirken. Die Verschuldung der Gemeinden selbst sei jedoch mit insgesamt 100 Mio.€ sehr hoch und deren Belastbarkeit begrenzt. Die Tilgung des Kassenkredits in den Jahren 2024 und 2025 sei durch Ergebnisüberschüsse zu erwirtschaften, die damit aller Voraussicht nach vollständig aufgebraucht werden würden. Sämtliche Investitionen darüber hinaus seien damit vollständig über Kredite zu finanzieren. All diese harten Fakten würden bedauerlicherweise gegen die Herunternahme der Maßnahme von der Warteliste sprechen.

KR Manfred Schmidt spricht sich dafür aus beide Maßnahmen weiterhin auf der Warteliste zu belassen, andernfalls sei die Prüfung einer möglichen Innovationspartnerschaft gehaltlos. Auch könne die Dringlichkeit der Errichtung des Gymnasiums in Poing entkräftet werden. Laut Stellungnahme von Peter Popp, Schulleiter des Franz-Marc-Gymnasiums in Markt Schwaben, könne die Anzahl der Schüler des nördlichen Landkreises vollständig durch das Gymnasium aufgenommen werden, zumal auch Räume leer stehen würden. Entgegen mancher Ansichten sei die Errichtung und Betreibung einer Berufsschule keine freiwillige Aufgabe, vielmehr sei der Landkreis hier in der Pflicht.

Wünschenswert und mit gewisser Signalwirkung wäre, nach Ansicht von KR Roland Frick, ein fraktionsübergreifender Antrag der SPD-Kreistagsfraktion gemeinsam mit der CSU-/FDP-Kreistagsfraktion gewesen. Persönlich spreche er sich auch nicht gegen die Errichtung des Berufsschulzentrums Ebersberg in Grafing Bahnhof aus, allerdings bestehe in Poing – im Gegensatz zu Grafing Bahnhof – bereits ein Baurecht. Die Realisierung beider Projekte sei unstrittig dringend erforderlich, aus finanziellen Gründen jedoch keinesfalls zeitgleich umsetzbar. Die weitere Planung des Berufsschulzentrums könne sodann nach vorliegendem Baurecht im kommenden Jahr vorangetrieben werden.

KR Albert Hingerl erläutert, dass nach dem Versand des Antrags der SPD-Kreistagsfraktion an alle Fraktionen lediglich eine Rückmeldung von KR Martin Wagner erfolgt wäre und damit

ein gemeinsamer Antrag nicht möglich gewesen sei. Er spreche sich auch weiterhin dafür aus die Baumaßnahme Gymnasium Poing, unter Berücksichtigung möglicher Kosteneinsparungen (Modulbauweise), von der Warteliste zu nehmen. Dahingehend bitte er den Antrag entsprechend zu ergänzen: *„Im Falle, dass die Baumaßnahme Gymnasium Poing ... alle rechtlich möglichen Planungsmaßnahmen im Sinne der Ausführungen von Prof. Florian Nagler, Dr. Ernst Böhm und Prof. Otto Gassner sowie der Initiative der Interessengruppe „Gymnasium Poing JETZT!“ einzuleiten.“* Der Antrag beinhalte eine Bauzeitverkürzung sowie ein mögliches Finanzierungskonzept, zeige eine kostengünstige Alternativplanung auf und optimiere damit die Kosten. Die SPD-Kreistagsfraktion unterstütze den Antrag der CSU-/FDP-Kreistagsfraktion ebenso.

Der Landrat erkundigt sich, inwieweit die Absätze zwei und drei des Antrags weiterhin bestehen bleiben würden, dies seien seiner Ansicht nach kritische Passagen. Für die Vorbereitung eines VgV-Verfahrens sei ein Projektsteuerer erforderlich und damit würde zum jetzigen Zeitpunkt zu tief in die Materie eingestiegen werden.

Zur Vermeidung möglicher Missverständnisse stimme er einer Streichung der beiden Absätze zu, so KR Albert Hingerl. Diese würden sodann einen Teil der Begründung darstellen.

Die CSU-/FDP-Kreistagsfraktion habe sich intern mit dem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion befasst und diesen aufgrund teilweise anderer Ansichten mittels eigenen Antrag (Anlage 15 zum Protokoll) präzisiert. Insbesondere über die Höhe der finanziellen Mittel bestehe DisSENS. Aufgrund der weltpolitischen und wirtschaftlichen Lage seien deutliche Abstriche notwendig. Dafür müsse zunächst geprüft werden, welche Mindestanforderungen an das pädagogische Schulkonzept durch den Freistaat vorgegeben seien. Zudem müsse die Möglichkeit der modularen Bauweise untersucht werden. Das Ansinnen der CSU-/FDP-Kreistagsfraktion sei die Verifizierung der Mindestanforderungen und des Raumprogramms, auch müsse eine Zusammenarbeit mit anderen Partnern geprüft werden.

KRin Angelika Obermayr schlägt vor den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion erst nach sorgfältiger inhaltlicher Prüfung durch die Verwaltung zu behandeln. Ihrer Ansicht nach könne kein VgV-Verfahren begonnen werden solange sich das Projekt auf der Warteliste befinde. Das Projekt sei zu wenig weit gediehen um darüber zu diskutieren.

KR Johannes von der Forst sei besorgt um die Qualität der neuen Schule unter der Maßgabe, dass die CSU-/FDP-Kreistagsfraktion hier die Mindestanforderungen geprüft haben wolle. Er bittet darum, das Wort „*zwingend*“ in der Nummer 1 durch „*zeitgemäß*“ zu ersetzen. Auch sei unter der Nummer 5 folgende Änderung vorzunehmen: *„Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Gemeinde Poing und Markt Schwaben räumliche Möglichkeiten für Vorläuferklassen in bestehenden Gebäuden zu prüfen, um Containerlösungen zu vermeiden.“*

Nach Ansicht von KR Günter Scherzl seien beide Anträge zustimmungsfähig. Das jeweilige Ansinnen der Kreistagsfraktionen beinhalte gewisse Ähnlichkeiten. Der Konsens in der Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses sei gewesen, die verbleibende Zeit im Jahr 2023 nicht ungenutzt verstreichen zu lassen. Dies sei durch den Kreistag zu legitimieren. Er werde beiden Anträgen zustimmen.

Sodann ergänzt der Landrat auf Wunsch des Gremiums die Nummer 4 des Antrags der CSU-/FDP-Kreistagsfraktion wie folgt: *„Die Leitlinien Bau, die der Kreistag am 15.10.2012 verabschiedet hat ... von einer grundsätzlichen Überarbeitung kann im begründeten Einzelfall davon abgewichen werden. Der LSV-Ausschuss wird beauftragt, das Thema am 08.12.2022 erstmals zu beraten.“*

KR Albert Hingerl betont, dass er sich explizit gegen die Beibehaltung der Maßnahme Gymnasium Poing auf der Warteliste ausspreche. Die übrigen Punkte befürworte er allerdings.

KR Karl Schweisfurth informiert, dass die Ausschussgemeinschaft ödp/DIE LINKE dafür plädiere beide Großschulprojekte von der Warteliste zu nehmen. Dementsprechend werde sie dieser nicht zustimmen.

Der Landrat stellt die beiden modifizierten Anträge sowie den überarbeiteten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Kreistag fasst folgende Beschlüsse:

1. Abstimmung über den modifizierten Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 13.10.2022 mit folgendem Wortlaut:

Im Falle, dass die Baumaßnahme Gymnasium Poing weiterhin auf der Warteliste 2023 bleibt, wird die Verwaltung beauftragt, aus strategischen und wirtschaftlichen Gründen umgehend im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittelresten von ca. 1,3 Mio. € alle rechtlich möglichen Planungsmaßnahmen im Sinne der Ausführungen von Prof. Florian Nagler, Dr. Ernst Böhm und Prof. Otto Gassner sowie der Initiative der Interessengruppe „Gymnasium Poing JETZT!“ einzuleiten.

Die vormaligen Absätze zwei und drei des Antrags sind nun Teil der Begründung:

Insbesondere die Vorbereitungen der notwendigen VgV-Verfahren bzw. Wettbewerbe zur Vergabe der Architektenleistungen sind in die Wege zu leiten. Im Zuge dieser Arbeiten sollte ergänzend zur Aufgabenstellung der Machbarkeitsstudie kostengünstigere Planungsalternativen und deren mögliche Finanzierung untersucht werden.

Die Durchführung dieser VgV-Verfahren kann dann ohne Zeitverlust umgehend erfolgen, sobald das Projekt von der Warteliste genommen und im Haushalt veranschlagt wird.



angenommen

gegen 8 Stimmen

2. Abstimmung über den modifizierten Antrag der CSU-FDP-Kreistagsfraktion vom 23.10.2022 mit folgendem Wortlaut:

2.1 Die dargestellten Kosten der vorgestellten Machbarkeitsstudie sind zu hoch, Raumprogramm und pädagogisches Konzept werden einer Prüfung unterzogen im Hinblick

- **auf die Optimierung des Raumprogramms (was ist tatsächlich zeitgemäß notwendig für Unterricht) und des pädagogischen Konzepts. Dabei wird auch das sog. „Münchner Lernhauskonzept“ einer Effizienzprüfung unterzogen.**
- **die Errichtung eines Qualitätsbaus im Sinne eines modularen und funktionalen Zweckbaus (der LSV-Ausschuss beschäftigt sich zeitnah mit alternativen Realisierungsmöglichkeiten, auch im Rahmen einer GU-Vergabe).**
- **die Vorgabe eines Kostendeckels, d.h., Angebote, die darüber hinausgehen, werden nicht berücksichtigt. Mit der Höhe des Kostendeckels befasst sich der LSV-Ausschuss zusammen mit Experten, die auf diesem Gebiet bereits Erfahrungen haben.**

2.2 Für das Gymnasium Poing werden – ebenso wie für das Berufsschulzentrum Ebersberg in Grafing-Bahnhof die Möglichkeiten einer Innovationspartnerschaft und das sogenannte „Einfach Bauen“ geprüft.

2.3. Die Zusammenarbeit mit Partnern (Unternehmen, Private Träger) wird geprüft.

2.4. Die Leitlinien Bau, die der Kreistag am 15.10.2012 verabschiedet hat werden im Lichte neuester Erkenntnisse (z.B. Passivhausbauweise bei Schulen) sowie im Hinblick auf Effizienz und Kosteneinsparungen auf den Prüfstand gestellt und unabhängig von einer grundsätzlichen Überarbeitung kann im begründeten Einzelfall davon abgewichen werden. Der LSV-Ausschuss wird beauftragt, das Thema am 08.12.2022 erstmals zu beraten.

2.5 Die Verwaltung wird beauftragt, insbesondere mit der Gemeinde Poing und Markt Schwaben räumliche Möglichkeiten für Vorläuferklassen in bestehenden Gebäuden zu prüfen, um Containerlösungen zu vermeiden.



angenommen

gegen 2 Stimmen

3. Folgende Maßnahmen werden von der Warteliste gestrichen:

Erneuerung Fahrzeughalle Variante 4, Straßenmeisterei EBE	971-NEU	1.515.000 €
EBE 9: ZEB OD Jakobneuharting bis Schaurach	910-09-008	600.000 €



einstimmig angenommen

Abstimmungsvermerk zur EBE 9: ZEB OD Jakobneuharting bis Schaurach:

Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen befürworten eine Sanierung/einen schmäleren Ausbau dieses Straßenabschnittes, aber nicht den Vollausbau gemäß der Investitions-Nr. 910-09-007.

4. Folgende Maßnahmen werden von der Warteliste genommen und in den Haushalt 2023 bis 2026 eingeplant:

Projekt	Investitionsnummer	Derzeitige Projektgesamt-kosten teilweise Schätzungen	Kosten-stand
EBE 13: Fahrbahnverbreiterung Feldkirchner Straße Glonn, vorher: Verkehrssicherung in Glonn zw. Heckenweg u. Mattenhofener Straße	910-13-033, vorher:910-13-021	345.000 €	2022



angenommen

gegen 17 Stimmen

Projekt	Investitionsnummer	Derzeitige Projektgesamt-kosten teilweise Schätzungen	Kosten-stand
ZNA Gebäudeteil Neubau Pflegefachschule	041-Neu	1.192.626 € (netto)	2022
Gymnasium Grafing, Erweiterung der PV-Anlagen	956-Neu	245.000 € (brutto, keine Zuschüsse)	2022
Gymnasium Vaterstetten, Erweiterung der PV-Anlagen	957-Neu	245.000 € (brutto, keine Zuschüsse)	2022
Gymnasium Vaterstetten, Wärmeversorgung	957-Neu	433.000 € (brutto) - 228.000 € (Zuschüsse)	2022
Schulzentrum Poing, Beteiligung an einer Mensa	966-Neu	1.601.751 € (brutto, keine Zuschüsse)	2022
Gym Markt Schwaben: Generalsanierung der Physikräume inkl. Vorbereitungsraum	860-0014	480.000€ (brutto, keine Zuschüsse)	2022
Frauenhaus	xxx-xxxx	2.286.623 € (brutto, Zuschüsse in Klärung)	2022
EBE 14: Straßenentwässerung OD Kastensee-on	910-14-007	310.000 €	2022



einstimmig angenommen

5. Folgende Warteliste 2023 wird beschlossen:

Projekt	Investitionsnummer	Derzeitige Projektgesamt-kosten teilweise Schätzungen	Kosten-stand
Hubschrauberlandeplatz	041-Neu	4.000.000 €	2022
Schlauchwagen	331-NEU	300.000 €	2019
Kreiseinsatzzentrale + Führungsgruppe Katastrophenschutz	331-NEU	Noch offen	
Ausbildungsstätte	331-NEU	Noch offen	
zusätzliche Turnhalleneinheit am Gymna- sium Grafing	956-0008	ca. 2.500.000 € (brutto) - 562.500 (Zuschüsse)	2017
Gymnasium Markt Schwaben: Generalsan- ierung Bauteil 1	958-NEU	6.000.000 (brutto) - 2.000.000 (Zuschüsse)	2022
Gymnasium Kirchseeon: Erweiterung Gymnasium Kirchseeon	959-NEU	ca. 7.000.000 € (brutto) -1.575.000 € Zuschüsse	2017
Berufliche Oberschule im Landkreisnorden	xxx-xxx	Noch offen	
Berufsschulzentrum Ebersberg mit Drei- fachturnhalle und Parkdeck für 200 Stell- plätze	967-0001	107.332.867 (brutto) - 30.822.211 € (Zuschüsse) = 76.510.656 € (netto)	2020
Gymnasium Poing mit 3-fach Sporthalle und Tiefgarage für 100 Stellplätze	968-0001	105.250.000 € (brutto) - 31.767.500 (Zuschüsse)= 73.482.500	2022
Ausstattung Berufsschulzentrum	895-0001	5.112.630 €	2020
Ausstattung Gymnasium Poing	866-0001	7.000.000 €	2022
Realschule Vaterstetten: Auflösung, Tren- nungskosten für die Auflösung des Zweck- verbandes Staatliche Realschule Vaterstet- ten	xxx-xxxx	ca. 5.000.000 €	2018
Radweg ST2351 Grafing-Bahnhof- Taglaching	910-Neu	815.000 €	2022



angenommen

gegen 3 Stimmen

TOP 11	VERTAGT_Radwege und Straßenbau; Genehmigung Kostensteigerung
--------	--

Sitzungsvorlage 2022/0789/1

Der Tagesordnungspunkt wird aus Zeitgründen vertagt. Das Gremium zeigt sich gesamthaft einverstanden.

TOP 12	VERTAGT_Windenergie im Ebersberger Forst - Einstellung der Arbeiten, Maß- nahmen-Stopp und Kündigung der Verträge; Antrag der AfD- Kreistagsfraktion vom 18.08.2022
--------	---

Sitzungsvorlage 2022/0761/2

Der Tagesordnungspunkt wird aus Zeitgründen vertagt. Das Gremium zeigt sich gesamthaft einverstanden.

TOP 13	Bekanntgabe von Eilentscheidungen
--------	-----------------------------------

keine

TOP 14	Informationen und Bekanntgaben
--------	--------------------------------

keine

TOP 15	Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
--------	---

keine

TOP 16	Anfragen
--------	----------

keine

Der Landrat schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:57 Uhr.

Ende der Niederschrift der öffentlichen Sitzung.